

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 32 (1940)
Heft: 3

Artikel: Das Kaufkraftdefizit
Autor: Fehlinger, H.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352979>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Kaufkraftdefizit.

Von H. F e h l i n g e r.

Durch den neuen Krieg ist die normale wirtschaftliche Entwicklung allgemein gestört worden, nicht nur in den Ländern, die am Krieg unmittelbar beteiligt sind. Man darf auch nicht damit rechnen, dass vor Beendigung des Krieges wirtschafts- und sozialpolitische Fortschritte zu verzeichnen sein werden, abgesehen von Massnahmen, welche eine direkte Beziehung zu dem ausserordentlichen Zustand haben. Sobald es zur Demobilisierung der Massenarmeen kommt, die selbst neutrale Länder aufgeboten haben, wird die dringendste Sorge der Vermeidung übergrosser Arbeitslosigkeit und damit eines weitgehenden Kaufkraftverfalls gelten müssen. Vorbereitungen auf die Rückkehr zu einer normalen Wirtschaft werden beizeiten zu treffen sein, und es wird dabei namentlich darauf Bedacht zu nehmen sein, dass auf den Krieg nicht eine katastrophale Wirtschaftsdepression folgt, die nur dann vermieden werden kann, wenn es gelingt, Produktion und Verbrauch ohne lange Zeitversäumnis in Einklang zu bringen. In der Vergangenheit hat der Mangel eines solchen Einklangs viel Schaden gestiftet.

Eine Rückschau macht uns klar, dass technische Erfindungen und Verbesserungen der Produktionsmethoden eine bedeutende Steigerung der Wirtschaftserträge möglich gemacht haben. Neue Produktionszweige und Mittel des Massentransports sind aufgekomen und arbeitsparende Verfahren sind in allen Zweigen der Wirtschaft eingeführt worden. Man hätte glauben sollen, dass die Fortschritte der Technik zu einer fortschreitenden Verbilligung der Preise und damit zu einem erhöhten Verbrauch geführt haben sollten, der zu neuen Produktionserweiterungen Anstoss gegeben hätte. In Wirklichkeit traf das nicht zu. In den letzten Jahrzehnten ist die Verbilligung der Erzeugungs- und Verteilungskosten zumeist von keiner entsprechenden Preissenkung begleitet gewesen; sie wurde durch Kostenerhöhungen anderer Art mehr als aufgewogen. Die Nachfrage um Waren hat nicht in dem Masse zugenommen, das erforderlich gewesen wäre, um den Absatz der Erzeugnisse der rationalisierten Wirtschaft zu gewährleisten. Die Konsumfähigkeit ist gegenüber der Produktionsfähigkeit zurückgeblieben.

Das grösste Hemmnis der Herbeiführung eines Gleichgewichts von Angebot und Nachfrage auf den Warenmärkten, das gewöhnlich nicht vollauf gewürdigt wird, ist das Kaufkraftdefizit der Bevölkerung in den unteren Einkommensstufen. In Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwunges bleibt gewöhnlich das Mass der Steigerung der Arbeitseinkommen hinter dem Mass der Steigerung der Preise der Verbrauchsgüter zurück, der Lohnanteil am Wirtschaftsertrag sinkt und damit auch die Kaufkraft, während der Kapitalanteil steigt, was der Ueberinvestie-

rung und der Spekulation im grossen Ausmass förderlich ist. Das Ergebnis ist, dass infolge der Kaufkraftverminderung der Konjunkturaufstieg von einem Konjunkturabstieg abgelöst wird. Die immer wiederkehrenden Konjunkturabstiege aber verhindern eine wesentliche Hebung des Niveaus der Lebenshaltung der Mehrheit der Verbraucher.

Die volle Ausnutzung und andauernde Erweiterung des Produktionsapparates könnte nur dann sichergestellt werden, wenn es gelingt, die Wiederkehr tiefer Konjunkturabstiege — d. h. Wirtschaftskrisen — zu verhüten und den Wirtschaftsverlauf so gleichmässig wie möglich zu gestalten. Die Wirtschaftspolitik, die in der Regel befolgt wird, führt nicht zu diesem Ziel. Sie ist von der Annahme geleitet, dass Auf- und Abstiege der Konjunktur eine unabänderliche Erscheinung sind und dass Wirtschaftskrisen ihr « natürlicher » Verlauf gelassen werden muss. Man lässt die Preise sinken und sucht den Gewinnausfall, soweit es geht, durch Kostenersparnis auszugleichen, insbesondere durch Ersparnis von Lohnkosten. Den Regierungen werden ebenfalls Sparmassnahmen empfohlen, um die Staatsausgaben und damit die Steuern vermindern zu können. Ueberdies wird ein Abbau der Kollektivverträge und der Arbeiterschutzgesetzgebung angestrebt. Die Politik der Preissenkungen führt zu Kreditbeschränkungen, die wieder die Insolvenz vieler Unternehmungen und deren Liquidierung veranlassen, womit Arbeitslosigkeit und Unterverbrauch zunehmen.

Mit einer entgegengesetzt eingestellten Wirtschaftspolitik, die auf Ausweitung der Wirtschaft oder mindestens auf Erhaltung des Gleichgewichts gerichtet ist, könnten solche Schädigungen vermieden werden. Nur unter der Voraussetzung, dass die Güter, die produziert werden können, auch Verbraucher finden, ist ein gesundes Wirtschaftssystem denkbar. Die zunehmenden Produktivkräfte einer Nation können nur dann voll genutzt werden, wenn auch die Nachfrage nach Gütern zunimmt, wenn der Markt, von dem das Gedeihen der Wirtschaft abhängt, erweitert wird. Für die Aufnahmefähigkeit des Inlandmarktes der Konsumgüter ist die Verbrauchsfähigkeit der Bevölkerung im Inland entscheidend und der Verbrauch der Konsumgüter wirkt sich wieder weitgehend auf die Produktionsmittelindustrien aus. Die Aufnahmefähigkeit von Auslandsmärkten wird von der Kaufkraft der ausländischen Bevölkerungen bestimmt.

Das Verbrauchsdefizit, das Ueberproduktion vortäuscht, beruht auf einem Missverstehen der wirtschaftlichen Funktion des Kapitals. Seit dem Aufkommen des Kommerzialisismus wird geglaubt, das Funktionieren des Wirtschaftsapparates sei hauptsächlich von den Kapitalanlagen abhängig und die Wirtschaftsführer waren deshalb auf Akkumulation von Kapital mehr bedacht als auf alles andere. Einschränkung der Bedürfnisse grosser Volksschichten schien der Preis, den diese Akkumulation unausweichlich fordert. Nur langsam setzt sich die Einsicht durch, dass die gegenwärtige

Verteilung des Wirtschaftsvertrags nicht richtig sein kann, dass die Absatzfähigkeit der Wirtschaft von der Verbrauchsfähigkeit der grossen Volksmassen bedingt wird und dass diese grössere Verbrauchsfähigkeit erreichbar ist, wenn die Ueberakkumulation von Kapital vermieden wird und den Verbrauchern ein grösserer Anteil vom Ertrag der Wirtschaft zufliesst.

Planmässig in Angriff genommen wurde die Erweiterung der Massenkaufkraft bis jetzt erst in den Vereinigten Staaten von Amerika unter der Verwaltung des derzeitigen Präsidenten Roosevelt. Er hat die Politik des « New Deal » eingeleitet und mit Hilfe der Heranziehung brachliegender Gelder, die sich auf Billionen von Dollars belaufen, die Arbeitslosigkeit zu vermindern und die Kaufkraft zu heben unternommen. Die Nettobeisteuern zur Hebung der Kaufkraft, welche die amerikanische Bundesregierung geleistet hat, werden von der Labor Research Association in New York wie folgt geschätzt (in Millionen Dollars):

1933	1,880	1937	985
1934	3,230	1938	2,307
1935	3,459	1939 (1. Halbjahr)	1,873
1936	4,143		

Es ist bemerkenswert, dass im Jahre 1937, als die Aufwendungen der Bundesverwaltung für grosse öffentliche Arbeiten und andere Zwecke zur Hebung der Kaufkraft bedeutend geringer waren als in den vorausgegangenen Jahren, ein neuer Rückgang der Wirtschaftskonjunktur einsetzte, der sich zu einer schweren Krise auszuwachsen drohte, dass aber mit der Vermehrung der öffentlichen Ausgaben auf Grund des New Deal-Programmes im Jahre 1938 die wirtschaftliche Entwicklung abermals die entgegengesetzte Richtung einschlug, der Abstieg durch einen Aufstieg abgelöst wurde. Eine Reihe von Umständen hat allerdings bewirkt, dass der Aufstieg 1938 und 1939 langsamer war als die Erholung in den Jahren 1933—1936. Es wäre nicht zu verwundern, wenn die Einschränkung der Bundesausgaben, die für das erste Halbjahr 1940 vorgesehen ist, wieder zu einer Verschlechterung der Geschäfts- und Arbeitsmarktlage beitragen würde. Doch könnten diesmal umfangreiche Lieferungen von Kriegsmaterial einen Ausgleich schaffen.

Der grösste Teil der Mittel, die von der Roosevelt-Verwaltung zur Hebung der Kaufkraft verwendet wurden, ist durch Anleihen aufgebracht worden. Die Summe der Budgetdefizite des Bundes in den Jahren 1931—1940 beträgt etwa 27 Billionen Dollars. Ausgegeben wurden zirka 3 Billionen für selbsttilgende Anlagen und 13 Billionen für öffentliche Arbeiten, die eine dauernde Hebung der Wirtschaftskraft des Landes bedeuten; 11 Billionen wurden zur Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft verwendet, und zwar für eigentliche Notstandsarbeiten, Arbeitslosenhilfe usw.

Lediglich vom finanziellen Gesichtspunkt betrachtet ist gegen die Erhöhung der Nationalschuld und der Zinsenlast für diese

Schuld nichts einzuwenden, solange sie durch Vergrößerung des Nationalvermögens, durch wirtschaftliche Aktiva ausgeglichen werden; und richtig betrachtet ist auch die Erhaltung der Arbeitskraft ein solches Aktivum.

Mit den Bundesanleihen für Arbeitsbeschaffung und anderen Mitteln zur Hebung der Kaufkraft sind vorwiegend brachliegende Gelder mobil gemacht worden. Der Geldumlauf wurde überdies vermehrt durch Abschaffung des inaktiven Goldfonds der Bundesregierung und durch Reduktion der Barreserven, welche die Banken zu halten verpflichtet sind.

In Amerika ergibt sich eine Kaufkraftvermehrung breiter Schichten der Bevölkerung auch durch die Einführung der Altersversicherung und der Gewährung beitragsfreier Altersrenten an nicht versicherte Personen sowie der Arbeitslosenversicherung. Eine Gesetzesvorlage über Krankenversicherung ist bis nun nicht erledigt worden.

Durch die Erweiterung der Anleihe- und Investierungsbefugnisse einer Regierung werden selbstverständlich neue Probleme aufgeworfen, die neue Arten von Lösungen erheischen. Wie weit damit ohne tiefgreifende Umgestaltung der Wirtschaftsgrundlagen gegangen werden kann, ist jetzt noch nicht abzusehen. Zweifellos ist, dass der Weg, den Amerika beschritten hat, auch in anderen Ländern ein gutes Stück weit verfolgt werden könnte.

Mit dem Problem des Konjunkturausgleichs durch öffentliche Arbeitsbeschaffung hat sich die Internationale Arbeitsorganisation schon seit 1919 befasst und 1937 wurde eine « Empfehlung » zu diesem Gegenstand angenommen, der den Staaten Richtlinien für ein einheitliches Vorgehen gibt. Von den Vereinigten Staaten abgesehen, ist jedoch noch nirgends in wirksamer Weise versucht worden, dem Kaufkraftverfall infolge von Wirtschaftskrisen Einhalt zu tun. Es wäre gut, wenn nach dem Krieg das Versäumte nachgeholt werden würde.

Wirtschaft.

Kriegswirtschaftliche Massnahmen des Bundes 1939.

Abkürzungen: BRB = Bundesratsbeschluss.

EVD = Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement.

21. August 1939. Der BRB über die Versicherung des Kriegsriskos von Fluss- und Landtransporten bestimmter Getreidearten und Futtermittel sieht vor, dass, soweit die Transportversicherungsgesellschaften ein Kriegsrisiko nicht decken, der Bund dieses versichert, wobei der Versicherungsnehmer am Risiko zu beteiligen ist. Diese Kriegsriskodeckung ist obligatorisch und erfolgt gegen Entrichtung von Prämien. Die zuständigen Organe der Wirtschaft sowie die privaten Versicherungsgesellschaften können zur Mitwirkung herangezogen werden.

21. August 1939. Der BRB über die Versicherung des Kriegsriskos von Fluss- und Landtransporten bestimmter lebenswichtiger Güter